



GEMEINDE GREIFENSEE

Urnenabstimmung vom 26. September 2021

Totalrevision der Gemeindeordnung

(ersetzt die Gemeindeordnung vom 16. Dezember 2009
und alle seither erlassenen Änderungen dazu)



Die Vorlage in Kürze

Die Überarbeitung der Gemeindeordnung ist notwendig, um die «Verfassung» der Gemeinde Greifensee mit dem neuen Gemeindegesetz des Kantons Zürich in Einklang zu bringen, welches seit dem 1. Januar 2018 in Kraft ist. Das Gemeindegesetz setzt dafür eine Übergangsfrist bis 31. Dezember 2021. Die neue Gemeindeordnung orientiert sich an der Vorlage des Kantons Zürich und nutzt den gesetzlich vorgesehenen Handlungsspielraum, um ein effizientes und zeitgemässes

Handeln der Behörden und der Verwaltung zu ermöglichen. Es sind nur wenige wesentliche Änderungen gegenüber der bisherigen Gemeindeordnung vorgesehen. Der an der vorberatenden Gemeindeversammlung ergänzte Artikel 4 verpflichtet die Gemeinde dazu, ihr Handeln nach nachhaltigen Grundsätzen auszurichten. Der Gemeinderat unterbreitet den Stimmberechtigten diese veränderte Fassung der neuen Gemeindeordnung zur Abstimmung an der Urne.

Die Abstimmungsfrage lautet:
**Wollen Sie die Gemeindeordnung
der Politischen Gemeinde Greifensee (Totalrevision)
genehmigen?**

Der Gemeinderat sowie die Rechnungsprüfungskommission empfehlen Ihnen die Annahme der neuen Gemeindeordnung.

Die Stimmberechtigten der vorberatenden Gemeindeversammlung vom 23. Juni 2021 empfehlen Ihnen die Annahme ebenfalls mit grosser Mehrheit.

A) Diskussion anlässlich der vorbereitenden Gemeindeversammlung vom 23. Juni 2021

Nach den Erläuterungen durch die Gemeindepräsidentin stellte die Partei Grüne Greifensee, vertreten durch ihre Präsidentin Monika Hungerbühler, den Antrag, folgenden Artikel neu in die Gemeindeordnung aufzunehmen:

Art. 4 Nachhaltigkeit

¹ Die Gemeinde Greifensee richtet ihr Handeln nach den Grundsätzen der nachhaltigen Entwicklung aus.

² Sie setzt sich aktiv für den Schutz und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, für einen schonenden Umgang mit den natürlichen Ressourcen und für ein gemeinschaftliches Zusammenleben ein. Dies insbesondere in folgenden Bereichen: Förderung der Energieeffizienz, Nutzung und Produktion erneuerbarer Energien, Schutz der Biodiversität, nachhaltige Beschaffung, nachhaltige Mobilität, Chancengerechtigkeit.

Es fand eine angeregte Diskussion über möglicherweise daraus entstehende Sachzwänge und Unsicherheiten betreffend der Auswirkungen im Allgemeinen statt. Es wurde auch angemerkt, dass der Antrag sehr kurzfristig gestellt worden sei und sich die Stimmberechtigten so keine fundierte Meinung bilden konnten. Die Vertreterinnen der Grünen, Martina Alig und Monika Hungerbühler, beantworteten die gestellten Fragen und erklärten, dass man erst vor kurzem auf diese Idee mit einem Nachhaltigkeitsartikel gestossen sei. Schliesslich wurde durch einen Stimmberechtigten der Antrag gestellt, nur den Absatz 1 des vorgeschlagenen neuen Artikels aufzunehmen. Dies wurde von der Versammlungsleitung entsprechend als zweiter Antrag

aufgenommen und die beiden neuen Anträge in der Abstimmung einander gegenübergestellt.

Antrag A:
vollständiger Artikel Nachhaltigkeit 15 Stimmen

Antrag B:
nur Absatz 1 18 Stimmen

Antrag A (vollständiger Artikel Nachhaltigkeit) und Antrag B (nur Absatz 1)

Bei der Abstimmung entschieden sich 15 Stimmberechtigte für den Antrag der Grünen (Antrag A) und 18 für den reduzierten Vorschlag mit der Aufnahme lediglich des Absatzes 1 (Antrag B).

Somit wurde der Änderungsantrag in der nächsten Abstimmungsrunde der vom Gemeinderat beantragten Fassung ohne einen solchen Artikel gegenübergestellt.

Es entschied sich eine grosse Mehrheit (30 Stimmberechtigte) für den Änderungsantrag, d.h. für die Aufnahme des folgenden Artikels:

Art. 4 Nachhaltigkeit

¹ Die Gemeinde Greifensee richtet ihr Handeln nach den Grundsätzen der nachhaltigen Entwicklung aus.

Der Artikel wurde somit in die Gemeindeordnung aufgenommen.

Danach empfahl die Gemeindeversammlung den Stimmberechtigten die Gemeindeordnung einstimmig zur Annahme an der Urne.

B) Weisung zuhanden der Gemeindeversammlung vom 23. Juni 2021 (vgl. NaG Nr. 21 vom 27. Mai 2021)

Ausgangslage

Der Gemeinderat hat mit Beschluss Nr. 124 vom 31. August 2020 die Totalrevision der Gemeindeordnung zur öffentlichen Vernehmlassung verabschiedet und diese gleichzeitig dem Gemeindeamt des Kantons Zürich zur Vorprüfung eingereicht. Prinzipiell orientiert sich die neue Gemeindeordnung an der Vorlage (Muster-gemeindeordnung) des Kantons Zürich (<https://www.zh.ch/de/politik-staat/gemeinden/gemeindeorganisation.html>).

Bevölkerung, Parteien und Behörden waren somit eingeladen, sich zwischen dem 10. September und dem 31. Oktober 2020 an der Vernehmlassung zu beteiligen. Aufgrund von Pandemie-bedingten Verzögerungen und auf Wunsch der Parteien wurde diese Frist bis zum 20. November 2020 verlängert. Die Akten wurden in der Gemeindeverwaltung öffentlich aufgelegt und auf der Website publiziert.

Erwägungen

Insgesamt haben vier Ortsparteien sowie die Rechnungsprüfungskommission an der Vernehmlassung teilgenommen. Die eingegangenen Stellungnahmen wurden durch den Gemeinderat mit Beschluss Nr. 29 vom 8. März 2020 ausgewertet und je nach Entscheid in den revidierten Entwurf aufgenommen. Die vollständigen Stellungnahmen und Auswertungen können bei der Gemeindeverwaltung (Abteilung Präsidiales) während den üblichen Öffnungszeiten (aktuell nur vormittags) oder auf der Website (Politik/Gemeindeversammlung) eingesehen werden. Die wichtigsten Anpassungen aufgrund der Stellungnahmen der Vernehmlassung waren folgende:

Verschiedene Artikel: Finanzkompetenzen

Es war vorgesehen, die Revision zu nutzen, um die Finanzkompetenzen auf verschiedenen Stufen und in verschiedenen Bereichen zu erweitern und an das Niveau von vergleichbaren Gemeinden und die aktuellen Gegebenheiten anzupassen. Aufgrund der zahlreichen Rückmeldungen und Nachfragen zu diesem Thema hat sich der Gemeinderat erneut mit der Thematik befasst. Es wurde festgestellt, dass die aktuellen Finanzkompetenzen bisher zu keinen wesentlichen Problemen oder Verzögerungen geführt haben und diese deshalb wie

bisher belassen werden können. Einzig bei der Kompetenz für den Erwerb und Tausch von Liegenschaften und Grundstücken des Finanzvermögens findet eine Vereinfachung und Anpassung an die gesetzlichen Möglichkeiten statt.

Art. 16: Vorberatende Gemeindeversammlung

Es war nicht mehr vorgesehen, dass für alle Urnengeschäfte eine vorberatende Gemeindeversammlung durchzuführen ist. Stattdessen sollte jeweils eine öffentliche Informationsveranstaltung einberufen werden, welche aber nicht an einen Gemeindeversammlungstermin gebunden gewesen wäre. Damit hätte man Aufwand reduzieren und Geschäfte beschleunigen können. Auch zu diesem Punkt gab es zahlreiche Rückmeldungen. Diese zeigten auf, dass mit dem Abschaffen der vorberatenden Gemeindeversammlung ein Abbau der demokratischen Rechte der Bevölkerung befürchtet wurde. Dies war nicht die Absicht des Gemeinderates, weshalb die vorberatende Gemeindeversammlung nun wieder vorgesehen ist.

Art. 17 Ziff. 6: Abrechnungen neuer Ausgaben

Mit der Ergänzung «sofern eine Kreditüberschreitung vorliegt» wollte der Gemeinderat erreichen, dass die Genehmigung von im Budgetrahmen abgeschlossenen Vorhaben nicht mehr an der Gemeindeversammlung behandelt werden muss. Der Vorteil läge auch hier in der Steigerung der Effizienz der Gemeindeversammlung und der Minderung des Aufwandes für die Verwaltung. Auch zu diesem Punkt kamen verschiedene ablehnende Rückmeldungen. Deshalb hat sich der Gemeinderat dazu entschlossen, diese Abrechnungen im Sinne der Transparenz und der Vollständigkeit weiterhin an der Gemeindeversammlung vorzulegen.

Art. 46 ff: Einführung einer Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission (RGPK)

Die neue Gesetzgebung ermöglicht es neu auch kleineren Gemeinden, eine RGPK einzuführen, was eine Ortspartei in ihrer Stellungnahme entsprechend gefordert hat. Der Gemeinderat lehnt dieses Anliegen jedoch aus folgenden Gründen ab. Die Zusammenarbeit mit der bestehenden Rechnungsprüfungskommission (RPK) funktioniert heute sehr gut, effizient und

beschränkt sich speziell bei wichtigen und komplexen Geschäften nicht nur auf die finanziellen Aspekte. Würden aber die Aufgaben der RPK auf diejenigen einer RGPK erweitert, entstünde sowohl für die gewählten RPK-Mitglieder wie auch für den Gemeinderat und die Verwaltung ein massiver Mehraufwand. Dieser steht im starken Gegensatz zu den angestrebten schlanken und kosteneffizienten Abläufen in der Gemeinde. Auch der von Gemeinden mit einer RGPK auszuarbeitende jährliche Geschäftsbericht würde einen grossen zusätzlichen Aufwand bedeuten. Der Gemeinderat erachtet deshalb die Einführung einer RGPK in Greifensee auch aufgrund der Gemeindegrosse als unverhältnismässig. Parallel zur Vernehmlassung wurde der Entwurf der neuen Gemeindeordnung zur Vorprüfung an das Gemeindeamt des Kantons Zürich eingereicht. Dieses überprüft die Rechtmässigkeit der geplanten Revision und macht auf unklare oder widersprüchliche Regelungen aufmerksam. Es wurden einzelne zwingende Anpassungen festgestellt und verschiedene Empfehlungen zu vorgesehenen Formulierungen und zu berücksichtigenden Abhängigkeiten zurückgemeldet. Diese wurden in den nun vorliegenden Revisionsentwurf eingearbeitet.

In der neuen Gemeindeordnung, welche der Gemeindeversammlung vorgelegt wird, sind nur wenige wesentliche Änderungen vorgesehen. Bewährtes wurde

beibehalten, jedoch wurde die Chance genutzt, Überholtes zu modernisieren und zu vereinfachen. Die meisten Änderungen sind redaktioneller Natur und folgen den Empfehlungen des Kantons in der Mustergemeindeordnung (MuGO). Die wichtigsten Änderungen gegenüber der bisherigen Gemeindeordnung sind:

- Für Geschäfte der Urnenabstimmungen und Gemeindeversammlungen ist neu ein Beleuchtender Bericht zu verfassen
- Wegfall der Zuständigkeit der Gemeindeversammlung beim Erwerb und Tausch von Grundeigentum oder Liegenschaften des Finanzvermögens
- Offenlegung der Interessenbindungen von Behördenmitgliedern
- Aufgabenübertragung an Gemeindeangestellte
- Aufführung aller eigenständigen und unterstellten Kommissionen

Die revidierte Gemeindeordnung ist auf den nächsten Seiten vollständig abgedruckt.

Bei Annahme der neuen Gemeindeordnung an der Urne ist diese dem Regierungsrat des Kantons Zürich zur Genehmigung einzureichen und tritt anschliessend per 1. Januar 2022 in Kraft.

Totalrevision der Gemeindeordnung der Politischen Gemeinde Greifensee

I. Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 Gemeindeordnung

Die Gemeindeordnung regelt den Bestand und die Grundzüge der Organisation der politischen Gemeinde sowie die Zuständigkeiten ihrer Organe.

Art. 2 Gemeindeart

- ¹ Greifensee bildet eine politische Gemeinde.
- ² Die Politische Gemeinde nimmt die Schul- und Bildungsaufgaben der Kindergarten- und Primarstufe und weitere Aufgaben im Bereich Schule und Bildung wahr.

Art. 3 Festlegung der Bezeichnung für den Gemeindevorstand

In der Gemeinde Greifensee wird der Gemeindevorstand als Gemeinderat bezeichnet.

Art. 4 Nachhaltigkeit

Die Gemeinde Greifensee richtet ihr Handeln nach den Grundsätzen der nachhaltigen Entwicklung aus.

II. Die Stimmberechtigten

1. Politische Rechte

Art. 5 Stimm- und Wahlrecht, Wählbarkeit

- ¹ Die Wählbarkeit sowie das Recht, an Wahlen und Abstimmungen der Gemeinde teilzunehmen und Wahlvorschläge einzureichen, richten sich nach der Kantonsverfassung, dem Gesetz über die politischen Rechte und dem Gemeindegesetz.
- ² Für die Wahl in Organe der Gemeinde ist der politische Wohnsitz in der Gemeinde erforderlich. Davon ausgenommen sind die Friedensrichterin bzw. der Friedensrichter und Mitglieder von unterstellten Kommissionen, die mit politischem Wohnsitz im Kanton wählbar sind.
- ³ Das Initiativrecht richtet sich nach dem Gesetz über die politischen Rechte, das Anfragerecht nach dem Gemeindegesetz.

2. Urnenwahlen und -abstimmungen

Art. 6 Verfahren

- ¹ Der Gemeinderat ist wahlleitende Behörde. Er setzt die Wahl- und Abstimmungstage fest.
- ² Das Verfahren richtet sich nach dem Gesetz über die politischen Rechte.
- ³ Die Durchführung der Urnenwahlen und -abstimmungen ist Aufgabe des Wahlbüros.

Art. 7 Urnenwahlen

An der Urne werden auf die gesetzliche Amtsdauer gewählt:

1. die Präsidentin bzw. der Präsident und die Mitglieder des Gemeinderats mit Ausnahme der Schulpräsidentin bzw. des Schulpräsidenten. Ihre bzw. seine Wahl erfolgt durch die Stimmberechtigten an der Urne im Rahmen der Wahl der Mitglieder der Schulpflege.
2. die Präsidentin bzw. der Präsident und die Mitglieder der Schulpflege,
3. die Mitglieder der Sozialbehörde,
4. die Präsidentin bzw. der Präsident und die Mitglieder der Rechnungsprüfungskommission,
5. die Friedensrichterin bzw. der Friedensrichter.

Art. 8 Erneuerungswahlen

Die Erneuerungswahlen der an der Urne gemäss Art. 7 GO zu wählenden Gemeindeorgane werden mit leeren Wahlzetteln durchgeführt. Den Wahlunterlagen wird ein Beiblatt beigelegt.

Art. 9 Ersatzwahlen

Für die Ersatzwahlen der an der Urne gemäss Art. 7 Ziff. 3–5 GO zu wählenden Gemeindeorgane gelten die Bestimmungen des Gesetzes über die politischen Rechte über die stille Wahl. Sind die Voraussetzungen für die stille Wahl nicht erfüllt, werden leere Wahlzettel verwendet. Den Wahlunterlagen wird in diesem Fall ein Beiblatt beigelegt.

Art. 10 Obligatorische Urnenabstimmung

Der Urnenabstimmung sind zu unterbreiten:

1. der Erlass und die Änderung der Gemeindeordnung,

2. die Bewilligung von neuen einmaligen Ausgaben von mehr als Fr. 2'000'000 für einen bestimmten Zweck und von neuen wiederkehrenden Ausgaben von mehr als Fr. 400'000 für einen bestimmten Zweck,
3. Ausgliederungen von erheblicher Bedeutung, d.h. insbesondere solche, die von grosser politischer oder finanzieller Tragweite sind,
4. der Abschluss und die Änderung von Verträgen über die Zusammenarbeit in Form eines Zweckverbands, einer gemeinsamen Anstalt oder einer juristischen Person des Privatrechts,
5. der Abschluss und die Änderung von Anschluss- und Zusammenarbeitsverträgen, wenn die Gemeinde hoheitliche Befugnisse abgibt oder die damit zusammenhängenden neuen Ausgaben an der Urne zu beschliessen sind,
6. Verträge über den Zusammenschluss mit anderen Gemeinden,
7. Verträge über Gebietsänderungen von erheblicher Bedeutung, d.h. insbesondere solche, die eine Fläche oder Bevölkerungszahl betreffen, die für die Entwicklung der Gemeinde wesentlich sind,
8. Initiativen mit Begehren, die der Urnenabstimmung unterstehen.

Art. 11 Fakultatives Referendum

- ¹ In der Gemeindeversammlung kann ein Drittel der anwesenden Stimmberechtigten verlangen, dass über einen Beschluss nachträglich an der Urne abgestimmt wird.
- ² Ausgenommen sind Geschäfte, die durch das übergeordnete Recht von der Urnenabstimmung ausgeschlossen sind, insbesondere die Festsetzung des Budgets und Steuerfusses, die Genehmigung der Rechnungen, Wahlen in der Gemeindeversammlung, Verfahrensentscheide bei der Behandlung von Initiativen.

3. Gemeindeversammlung

Art. 12 Einberufung und Verfahren

Für die Einberufung, den beleuchtenden Bericht und die Geschäftsbehandlung gelten die Vorschriften des Gemeindegesetzes.

Art. 13 Wahlbefugnisse

Die Gemeindeversammlung wählt die Stimmenzählenden in offener Wahl.

Art. 14 Rechtsetzungsbefugnisse

Die Gemeindeversammlung ist zuständig für den Erlass und die Änderung von wichtigen Rechtssätzen. Dazu gehören insbesondere die grundlegenden Bestimmungen über:

1. das Arbeitsverhältnis der Gemeindeangestellten,
2. die Entschädigung von Behördenmitgliedern,
3. das Polizeirecht,
4. die Wasserversorgung und die Siedlungsentwässerung,
5. das Abfallwesen,
6. die Grundzüge der Gebührenerhebung, d.h. insbesondere die Art und den Gegenstand der Gebühr, die Grundsätze der Bemessung und der Kreis der abgabepflichtigen Personen.

Art. 15 Planungsbefugnisse

Die Gemeindeversammlung ist zuständig für die Festsetzung und die Änderung:

1. des kommunalen Richtplans,
2. der Bau- und Zonenordnung,
3. des Erschliessungsplans,
4. von Sonderbauvorschriften und Gestaltungsplänen gemäss den Bestimmungen des kantonalen Planungs- und Baugesetzes.

Art. 16 Allgemeine Verwaltungsbefugnisse

Die Gemeindeversammlung ist zuständig für:

1. die politische Kontrolle über Behörden, Verwaltung und die weiteren Träger öffentlicher Aufgaben,
2. die Behandlung von Anfragen und die Abstimmung über Initiativen über Gegenstände, die nicht der Urnenabstimmung (Art. 10 GO) unterliegen,
3. Ausgliederungen von nicht erheblicher Bedeutung, d.h. insbesondere solche, die nicht von grosser politischer oder finanzieller Tragweite sind,
4. den Abschluss und die Änderung von Anschluss- und Zusammenarbeitsverträgen gemäss ihrer Befugnis zur Bewilligung neuer Ausgaben, sofern die Gemeinde keine hoheitlichen Befugnisse abgibt,
5. die Schaffung neuer Stellen, soweit dafür nicht ein anderes Organ zuständig ist,
6. Verträge zu Gebietsänderungen, die bebautes Gebiet betreffen und nicht von erheblicher Bedeutung sind, d.h. insbesondere solche, die nicht eine Fläche oder eine Bevölkerungszahl betreffen, die für die Entwicklung der Gemeinde wesentlich sind,

7. die Errichtung von Eigenwirtschaftsbetrieben, soweit keine Verpflichtung durch übergeordnetes Recht besteht,
8. die Vorberatung aller der Urnenabstimmung unterstehenden Geschäfte. Davon ausgenommen sind Volks- und Einzelinitiativen, Verträge und Rechtsgrundlagen über den Zusammenschluss oder die Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden sowie Zweckverbänden.

Art. 17 Finanzbefugnisse

Die Gemeindeversammlung ist zuständig für:

1. die Festsetzung des Budgets,
2. die Festsetzung des Gemeindesteuerfusses,
3. die Kenntnisnahme des Finanz- und Aufgabenplans,
4. die Bewilligung von neuen einmaligen Ausgaben bis Fr. 2'000'000 für einen bestimmten Zweck und von neuen wiederkehrenden Ausgaben bis Fr. 400'000 für einen bestimmten Zweck, soweit nicht der Gemeinderat zuständig ist,
5. die Genehmigung der Jahresrechnungen,
6. die Genehmigung von Abrechnungen über neue Ausgaben, die von den Stimmberechtigten an der Urne oder an der Gemeindeversammlung beschlossen worden sind,
7. die Vorfinanzierung von Investitionsvorhaben,
8. die Veräusserung (inkl. Einräumung von Baurechten) von Liegenschaften des Finanzvermögens im Wert von mehr als Fr. 1'000'000,
9. die Investition in Liegenschaften des Finanzvermögens im Wert von mehr als Fr. 1'000'000.

III. Gemeindebehörden

1. Allgemeine Bestimmungen

Art. 18 Geschäftsführung

Die Geschäftsführung der Gemeindebehörden richtet sich nach dem Gemeindegesetz und den entsprechenden Behördenerlassen.

Art. 19 Grundsätze der Verwaltungsorganisation

Der Gemeinderat sorgt für eine zeitgemässe, effiziente, transparente und an den Bedürfnissen der Bevölkerung ausgerichtete Organisation der Verwaltung. Er entscheidet bei Kompetenzkonflikten zwischen den Verwaltungseinheiten.

Art. 20 Offenlegung der Interessenbindungen

- ¹ Die Mitglieder von Behörden legen ihre Interessenbindungen offen. Insbesondere geben sie Auskunft über:
 - a) ihre beruflichen Tätigkeiten,
 - b) ihre Mitgliedschaften in Organen und Behörden der Gemeinden, des Kantons und des Bundes,
 - c) ihre Organstellungen in und wesentlichen Beteiligungen an Organisationen des privaten Rechts.
- ² Die Interessenbindungen werden veröffentlicht.

Art. 21 Beratende Kommissionen und Sachverständige

Die Behörden können jederzeit für die Vorberatung und die Begutachtung einzelner Geschäfte Sachverständige beiziehen oder beratende Kommissionen in freier Wahl bilden.

Art. 22 Aufgabenübertragung an einzelne Mitglieder oder an Ausschüsse

- ¹ Die Behörden können jederzeit beschliessen, dass bestimmte Geschäfte oder Geschäftsbereiche einzelnen Mitgliedern oder Ausschüssen von Mitgliedern der Behörde zur selbständigen Erledigung übertragen werden und sie legen deren Finanzkompetenzen fest.
- ² Die Überprüfung von Anordnungen und Erlassen von Mitgliedern oder Ausschüssen der Behörde kann innert 30 Tagen seit der Mitteilung oder Veröffentlichung schriftlich bei der Gesamtbehörde verlangt werden, sofern nicht ein anderes kantonales Verfahren vorgeschrieben ist.

2. Gemeinderat

Art. 23 Zusammensetzung

- ¹ Der Gemeinderat besteht mit Einschluss der Präsidentin bzw. des Präsidenten aus sieben Mitgliedern. Darin eingeschlossen ist die Präsidentin bzw. der Präsident der Schulpflege.
- ² Der Gemeinderat konstituiert sich im Übrigen selbst.
- ³ Bei der Aufgabenverteilung unter seinen Mitgliedern beachtet er namentlich folgende Kriterien:
 - a) Zusammenhang der Aufgaben,
 - b) Zweckmässigkeit der Führung sowie Ausgewogenheit der Belastung seiner Mitglieder,
 - c) sachliche und politische Ausgewogenheit der Aufgabenverteilung.

Art. 24 Aufgabenübertragung an Gemeindeangestellte

Der Gemeinderat kann Gemeindeangestellten bestimmte Aufgaben zur selbständigen Erledigung übertragen. Ein Erlass regelt die Aufgaben und Entscheidungsbefugnisse.

Art. 25 Wahl und Anstellungsbefugnisse

Der Gemeinderat

1. bestimmt auf die gesetzliche Amtsdauer aus seiner Mitte:
 - a) die Präsidentin bzw. den Präsidenten eigenständiger Kommissionen,
 - b) die Vertretungen des Gemeinderats in anderen Organen.
2. ernennt oder wählt in freier Wahl:
 - a) die Präsidentin bzw. den Präsidenten und die Mitglieder unterstellter Kommissionen,
 - b) die Vertretungen der Gemeinde in Organisationen des öffentlichen oder privaten Rechts, soweit das Organisationsrecht dieser Organisationen die Zuständigkeit nicht anders regelt,
 - c) die Mitglieder des Wahlbüros.
3. ernennt oder stellt an:
 - a) die Gemeindeschreiberin bzw. den Gemeindeschreiber,
 - b) den Kommandanten bzw. die Kommandantin der Feuerwehr sowie der Zivilschutzorganisation sowie deren Stellvertretung,
 - c) das übrige Gemeindepersonal, soweit nicht einem anderen Organ übertragen.

Art. 26 Rechtsetzungsbefugnisse

Der Gemeinderat ist zuständig für den Erlass und die Änderung von weniger wichtigen Rechtssätzen. Dazu gehören insbesondere Bestimmungen über:

1. die Organisation des Gemeinderats im Rahmen eines Organisationserlasses,
2. die Organisation und Leitung der Verwaltung,
3. unterstellte Kommissionen,
4. die Organisation beratender Kommissionen,
5. die Aufgabenübertragung an Gemeindeangestellte, soweit nicht ein anderes Organ zuständig ist,
6. Gegenstände, die nicht in die Kompetenz der Gemeindeversammlung oder einer anderen Gemeindebehörde fallen.

Art. 27 Allgemeine Verwaltungsbefugnisse

¹ Dem Gemeinderat stehen unübertragbar zu:

1. die politische Planung, Führung und Aufsicht,
2. die Verantwortung für den Gemeindehaushalt und für die ihm durch die eidgenössische und kantonale Gesetzgebung oder die Behörden des Bundes, des Kantons und des Bezirks übertragenen Aufgaben,
3. die Besorgung sämtlicher Gemeindeangelegenheiten, soweit dafür nicht ein anderes Organ zuständig ist,
4. die Vorberatung der Geschäfte der Gemeindeversammlung und der Urnenabstimmung und die Antragstellung hierzu,
5. die Vertretung der Gemeinde nach aussen und Bestimmung der rechtsverbindlichen Unterschriften,
6. die Bestimmung des amtlichen Publikationsorgans,
7. die Erteilung des Gemeindebürgerrechts,
8. die Unterstützung des Gemeindereferendums,
9. die Wahl der Mitglieder des Wahlbüros,

² Dem Gemeinderat stehen im Weiteren folgende Befugnisse zu, die in einem Erlass massvoll und stufengerecht übertragen werden können:

1. der Vollzug der Gemeindebeschlüsse, soweit nicht andere Organe dafür zuständig sind,
2. das Handeln für die Gemeinde nach aussen,
3. die Führung von Prozessen mit dem Recht auf Stellvertretung,
4. die Schaffung von Stellen, die für die Erfüllung bestehender Aufgaben notwendig sind sowie die Schaffung neuer Stellen gemäss seiner Befugnis zur Bewilligung neuer Ausgaben, soweit keine andere Gemeindebehörde zuständig ist,
5. Verträge zu Gebietsänderungen, die unbebautes Gebiet betreffen und nicht von erheblicher Bedeutung sind, d.h. insbesondere solche, die nicht eine Fläche oder eine Bevölkerungszahl betreffen, die für die Entwicklung der Gemeinde wesentlich sind,
6. der Abschluss und die Änderung von Anschluss- und Zusammenarbeitsverträgen gemäss seiner Befugnis zur Bewilligung neuer Ausgaben, sofern die Gemeinde keine hoheitlichen Befugnisse abgibt und keine andere Gemeindebehörde zuständig ist,
7. Die Übernahme von Privatstrassen und Flurwegen in das Eigentum der Gemeinde, deren Öffentlicherklärung sowie die Aufhebung öffentlicher Strassen und Wege,
8. die übrige Aufsicht in der Gemeindeverwaltung.

Art. 28 Finanzbefugnisse

¹ Dem Gemeinderat stehen unübertragbar zu:

1. die Bewilligung von im Budget nicht enthaltenen neuen einmaligen Ausgaben bis Fr. 100'000 für einen bestimmten Zweck, höchstens bis Fr. 600'000 im Jahr, und von neuen wiederkehrenden Ausgaben bis Fr. 40'000 für einen bestimmten Zweck, höchstens bis Fr. 200'000 im Jahr,
2. die Beschlussfassung über den Finanz- und Aufgabenplan.

² Dem Gemeinderat stehen im Weiteren folgende Befugnisse zu, die in einem Erlass massvoll und stufengerecht übertragen werden können:

1. der Ausgabenvollzug,
2. die Bewilligung gebundener Ausgaben,
3. die Bewilligung von im Budget enthaltenen neuen einmaligen Ausgaben bis Fr. 200'000 für einen bestimmten Zweck und neuen wiederkehrenden Ausgaben bis Fr. 40'000 für einen bestimmten Zweck,
4. die Veräusserung (inkl. Einräumung von Baurechten) von Liegenschaften des Finanzvermögens im Wert bis Fr. 1'000'000,
5. die Investition in Liegenschaften des Finanzvermögens im Wert bis Fr. 1'000'000,
6. die Beschlussfassung über Anlagegeschäfte, soweit nicht die Gemeindeversammlung zuständig ist.

3. Eigenständige Kommissionen

3.1 Schulpflege

Art. 29 Zusammensetzung

¹ Die Schulpflege besteht mit Einschluss der Schulpräsidentin bzw. des Schulpräsidenten aus fünf Mitgliedern.

² Die Schulpräsidentin bzw. der Schulpräsident ist von Amtes wegen Mitglied des Gemeinderats. Im Übrigen konstituiert sich die Schulpflege selbst.

Art. 30 Aufgaben

Die Schulpflege führt die Kindergarten- und die Primarstufe der öffentlichen Volksschule und nimmt weitere Aufgaben und Befugnisse im Bereich Schule und Bildung wahr, soweit nicht andere Organe zuständig sind.

Art. 31 Aufgabenübertragung an Gemeindeangestellte

Die Schulpflege kann Gemeindeangestellten bestimmte Aufgaben zur selbständigen Erledigung übertragen. Ein Erlass regelt die Aufgaben und Entscheidungsbefugnisse im Rahmen des Volksschulrechts.

Art. 32 Anträge an die Gemeindeversammlung und Urne

Anträge der Schulpflege an die Gemeindeversammlung und an die Urne sind dem Gemeinderat einzureichen. Der Gemeinderat entscheidet selbständig, ob er diese an die Gemeindeversammlung bzw. Urne weiterleitet.

Art. 33 Wahl- und Anstellungsbefugnisse

Die Schulpflege ernennt oder stellt an:

1. die Leiterin bzw. den Leiter Schulverwaltung (nur Ernennung; Anstellung erfolgt durch Gemeinderat),
2. die Schulleiterinnen bzw. die Schulleiter,
3. die Lehrpersonen
4. die Schulärztin bzw. den Schularzt,
5. die Schulzahnärztin bzw. den Schulzahnarzt,
6. die weiteren Angestellten im Schulbereich, soweit nicht andere Organe, Behörden oder Personen dafür zuständig sind.

Art. 34 Rechtsetzungsbefugnisse

Die Schulpflege ist in ihrem Aufgabenbereich zuständig für den Erlass und die Änderung von weniger wichtigen Rechtssätzen. Dazu gehören insbesondere Bestimmungen:

1. im Organisationsstatut,
2. zu den Rahmenbedingungen für die Schulprogramme,
3. über die Organisation der Schulpflege sowie ihr unterstellter Behörden und Personen,
4. über die Aufgabenübertragung an Gemeindeangestellte im Rahmen von Art. 31 GO,
5. über Benützungsvorschriften und Gebühren für Schulanlagen, wobei die Interessen des Gemeinderates zu berücksichtigen sind,
6. betreffend die Ordnung an den Schulen,
7. über Gegenstände, die nicht in die Zuständigkeit der Gemeindeversammlung oder einer anderen Gemeindebehörde fallen.

Art. 35 Allgemeine Verwaltungsbefugnisse

Die Schulpflege ist innerhalb ihres Aufgabenbereichs zuständig für:

1. die Ausführung der ihr durch die eidgenössische und kantonale Gesetzgebung oder die Behörden von Bund, Kanton und Bezirk übertragenen Aufgaben, soweit nicht andere Organe dafür zuständig sind,
2. den Vollzug der Gemeindebeschlüsse, soweit nicht andere Organe, Behörden oder Personen dafür zuständig sind,
3. die Bedarfsplanung für den Schulraum,
4. die Vertretung der Gesamtheit der Schulen nach aussen und die Bestimmung der rechtsverbindlichen Unterschriften,
5. die Führung von Prozessen mit dem Recht auf Stellvertretung,
6. die Leitung und Beaufsichtigung der Schulen der öffentlichen Volksschule, soweit nicht andere Organe dafür zuständig sind,
7. die Schaffung von Stellen für gemeindeeigene Lehrpersonen und der übrigen Stellen im Schulbereich, die für die Erfüllung bestehender Aufgaben notwendig sind und für die Schaffung solcher neuer Stellen gemäss ihrer Befugnis zur Bewilligung neuer Ausgaben, soweit nicht der Kanton zuständig ist,
8. die Aufteilung der vom Kanton in Vollzeiteinheiten zugeordneten Stellen für Lehrpersonen und Schulleitungen der öffentlichen Volksschule in einem Stellenplan,
9. die Genehmigung der Schulprogramme,
10. den Abschluss und die Änderung von Anschluss- und Zusammenarbeitsverträgen gemäss ihrer Befugnis zur Bewilligung neuer Ausgaben, sofern die Gemeinde keine hoheitlichen Befugnisse abgibt,
11. die Vorberatung der Geschäfte der Gemeindeversammlung.

Art. 36 Finanzbefugnisse

¹ Der Schulpflege stehen im Rahmen ihrer Aufgaben unübertragbar zu:

1. die Bewilligung von im Budget nicht enthaltenen neuen einmaligen Ausgaben bis Fr. 100'000 für einen bestimmten Zweck, höchstens bis Fr. 200'000 im Jahr, und von neuen wiederkehrenden Ausgaben bis Fr. 40'000 für einen bestimmten Zweck, höchstens bis Fr. 80'000 im Jahr,

² Der Schulpflege stehen im Rahmen ihrer Aufgaben im Weiteren folgende Befugnisse zu, die in einem Erlass massvoll und stufengerecht übertragen werden können:

1. der Ausgabenvollzug,
2. die Bewilligung gebundener Ausgaben,
3. die Bewilligung von im Budget enthaltenen neuen einmaligen Ausgaben bis Fr. 200'000 für einen bestimmten Zweck und von neuen wiederkehrenden Ausgaben bis Fr. 40'000 für einen bestimmten Zweck.

Art. 37 Mitberatungen an den Sitzungen der Schulpflege

¹ An den Sitzungen der Schulpflege nehmen eine Schulleiterin bzw. ein Schulleiter pro Schuleinheit und eine Lehrperson mit beratender Stimme teil.

² Die Leiterin bzw. der Leiter der Schulverwaltung hat als Schreiberin bzw. Schreiber der Schulpflege an den Sitzungen der Schulpflege beratende Stimme.

Art. 38 Schulleitung

¹ Die Schulleitung ist zuständig für die administrative, personelle und finanzielle Führung und zusammen mit der Schulkonferenz für die pädagogische Führung und Entwicklung der Schule.

² Die Aufgaben und Kompetenzen der Schulleitung richten sich nach der Schulgesetzgebung und dem Organisationsstatut.

³ Die Schuleinheit wird gegen aussen von der Schulleitung vertreten.

⁴ Die Schulleitung kann der Schulpflege Antrag stellen.

⁵ Die Überprüfung von Anordnungen der Schulleitung kann innert 10 Tagen seit der Mitteilung schriftlich bei der Schulpflege verlangt werden.

Art. 39 Schulkonferenz

¹ Die mit einem Mindestpensum gemäss kantonalem Recht an einer Schule unterrichtenden Lehrpersonen und die Schulleitung bilden die Schulkonferenz. Die Schulpflege regelt die Teilnahme und das Stimmrecht weiterer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an den Sitzungen der Schulkonferenz.

² Die Schulkonferenz legt das Schulprogramm fest, beschliesst über die Massnahmen zu dessen Umsetzung sowie über konkrete Aktivitäten und Projekte in einer Jahresplanung.

³ Sie kann der Schulpflege Antrag stellen.

3.2 Sozialbehörde

Art. 40 Zusammensetzung

- ¹ Die Sozialbehörde besteht mit Einschluss des Mitglieds des Gemeinderats als Präsidentin bzw. Präsident aus fünf Mitgliedern.
- ² Die Sozialbehörde konstituiert sich im Übrigen selbst.

Art. 41 Aufgaben

Die Sozialbehörde besorgt eigenständig die Aufgaben gemäss den Gesetzgebungen über die Sozialhilfe und das Asylwesen.

Art. 42 Finanzbefugnisse

Die Sozialbehörde ist im Rahmen ihrer Aufgaben zuständig für:

1. den Ausgabenvollzug,
2. gebundene Ausgaben,
3. die Bewilligung von im Budget nicht enthaltenen neuen einmaligen Ausgaben bis Fr. 10'000 für einen bestimmten Zweck, höchstens bis Fr. 50'000 im Jahr, und von neuen wiederkehrenden Ausgaben bis Fr. 4'000 für einen bestimmten Zweck höchstens bis Fr. 10'000 im Jahr.
4. die Bewilligung von im Budget enthaltenen neuen einmaligen Ausgaben bis Fr. 20'000 für einen bestimmten Zweck und von neuen wiederkehrenden Ausgaben bis Fr. 4'000 für einen bestimmten Zweck.

Art. 43 Aufgabenübertragung an Gemeindeangestellte

Die Sozialbehörde kann Gemeindeangestellten bestimmte Aufgaben zur selbständigen Erledigung übertragen. Ein Erlass regelt Aufgaben und Entscheidungsbefugnisse im Rahmen des Sozialhilferechts.

Art. 44 Anträge an die Gemeindeversammlung und Urne

Anträge der Sozialbehörde an die Gemeindeversammlung und an die Urne sind dem Gemeinderat einzureichen. Der Gemeinderat entscheidet selbständig, ob er diese an die Gemeindeversammlung bzw. Urne weiterleitet.

IV. Weitere Behörden und Aufgabenträger

1. Unterstellte Kommissionen

Art. 45 Unterstellte Kommissionen

- ¹ Dem Gemeinderat können folgende Kommissionen unterstehen:
 - a) Kommission Riedschutz Greifensee (ASUG)
 - b) Arbeitsgruppe für Ortsgeschichte (AGOG)
 - c) Jugendkommission
 - d) Biodiversitätskommission
 - e) Alterskommission
 - f) Energiekommission
- ² Der Gemeinderat regelt in einem Erlass für jede unterstellte Kommission ihre Mitgliederzahl, Zusammensetzung, Aufgaben sowie Entscheidungs- und Finanzbefugnisse.

2. Rechnungsprüfungskommission (RPK) und Prüfstelle

Art. 46 Zusammensetzung

- ¹ Die Rechnungsprüfungskommission besteht mit Einschluss der Präsidentin bzw. des Präsidenten aus fünf Mitgliedern.
- ² Die Rechnungsprüfungskommission konstituiert sich mit Ausnahme der Präsidentin bzw. des Präsidenten selbst.

Art. 47 Aufgaben

- ¹ Die Rechnungsprüfungskommission prüft den Finanzhaushalt und das Rechnungswesen nach finanzpolitischen Gesichtspunkten, insbesondere Budget, Jahresrechnung, Verpflichtungskredite und weitere Geschäfte von finanzieller Tragweite, über welche die Stimmberechtigten entscheiden.
- ² Ihre Prüfung umfasst die finanzrechtliche Zulässigkeit, die rechnerische Richtigkeit und die finanzielle Angemessenheit.
- ³ Sie erstattet den Stimmberechtigten schriftlichen Bericht und stellt Antrag.

Art. 48 Herausgabe von Unterlagen

- ¹ Mit den Anträgen sind der Rechnungsprüfungskommission die zugehörigen Akten vorzulegen.
- ² Im Falle von ablehnenden Stellungnahmen oder Änderungsanträgen der Rechnungsprüfungskommission müssen die Referentinnen und Referenten der antragstellenden Behörden angehört werden.
- ³ Im Übrigen richtet sich die Herausgabe von Unterlagen und Auskünften nach dem Gemeindegesetz.

Art. 49 Prüfungsfristen

Die Rechnungsprüfungskommission prüft Budget und Jahresrechnung sowie die übrigen Geschäfte in der Regel innert 30 Tagen.

Art. 50 Finanztechnische Prüfstelle

- ¹ Die Prüfstelle nimmt die finanztechnische Prüfung der Rechnungslegung und der Buchführung vor.
- ² Sie erstattet dem Gemeinderat, der Rechnungsprüfungskommission und dem Bezirksrat umfassend Bericht über die finanztechnische Prüfung.
- ³ Sie erstellt zudem einen Kurzbericht, der Bestandteil der Jahresrechnung ist.
- ⁴ Der Gemeinderat und die Rechnungsprüfungskommission bestimmen mit übereinstimmenden Beschlüssen die Prüfstelle.

3. Wahlbüro

Art. 51 Zusammensetzung

Das Wahlbüro besteht mit Einschluss der Gemeindepräsidentin bzw. des Gemeindepräsidenten als Vorsitzender bzw. Vorsitzendem aus einer vom Gemeinderat zu bestimmenden Zahl von Mitgliedern.

Art. 52 Aufgaben

Das Wahlbüro besorgt die ihm durch das Gesetz über die politischen Rechte zugewiesenen Aufgaben.

4. Friedensrichterin bzw. Friedensrichter

Art. 53 Aufgaben und Anstellung

- ¹ Die Friedensrichterin bzw. der Friedensrichter besorgt die in der kantonalen Gesetzgebung festgelegten Aufgaben.
- ² Das Anstellungsverhältnis richtet sich nach den Bestimmungen der kommunalen Personal- sowie der Entschädigungsverordnung.
- ³ Das Amtlokal wird vom Gemeinderat bestimmt.

5. Ombudsperson

Art. 54 Anschluss an kantonale Ombudsstelle

In Analogie zum kantonalen Recht prüft die kantonale Ombudsperson, ob die Gemeindebehörden von Greifensee nach Recht und Billigkeit verfahren. Dabei kann sie den Beteiligten Rat erteilen, zwischen ihnen vermitteln oder zuhanden der zuständigen Behörde eine schriftliche Empfehlung erlassen. Die Kosten werden durch das kantonale Recht geregelt.

V. Übergangs- und Schlussbestimmungen

Art. 55 Inkrafttreten

Diese Gemeindeordnung tritt nach ihrer Annahme durch die Stimmberechtigten an der Urnenabstimmung und nach der Genehmigung durch den Regierungsrat am 1. Januar 2022 in Kraft.

Art. 56 Aufhebung früherer Erlasse

Auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Gemeindeordnung wird die Gemeindeordnung vom 16. Dezember 2009 mit den seitherigen Änderungen aufgehoben.

GEMEINDERAT GREIFensee

Die Präsidentin: Dr. Monika Keller	Der Schreiber: Philippe Sturzenegger
---------------------------------------	---

Vom Regierungsrat am XXXX mit Beschluss Nr. XXX genehmigt.

Abschied der Rechnungsprüfungskommission

Das im Kanton Zürich am 1. Januar 2018 in Kraft getretene Gemeindegesetz erfordert zwingend eine Anpassung der Gemeindeordnung von Greifensee. Die RPK hat die vom Gemeinderat ausgearbeitete und von der Gemeindeversammlung vom 23. Juni 2021 zur Annahme empfohlene Version eingehend geprüft.

Artikel und Formulierungen der vorliegenden Gemeindeordnung entsprechen weitgehend der Musterverordnung, welche vom Kanton zur Verfügung gestellt wurde. Die RPK hat im Vernehmlassungsprozess Artikel von finanzieller Tragweite beanstandet, welche in der überarbeiteten Version mehrheitlich berücksichtigt wurden. Insgesamt sind aus Sicht der RPK die Ände-

rungen, welche gegenüber der aktuell gültigen Gemeindeordnung vorgenommen wurden, nachvollziehbar und sinnvoll.

Die RPK erachtet die vorliegende Totalrevision der Gemeindeordnung als zweckmässig und empfiehlt den Stimmberechtigten die Annahme.

Greifensee, 30. Juni 2021

Rechnungsprüfungskommission Greifensee

Bruno Hug
Präsident

Thomas Weckemann
Mitglied

Die Weisung und der Wortlaut der neuen Gemeindeordnung sind im Internet abrufbar unter www.greifensee.ch (Aktuelles/Neuigkeiten).



